



verband binationaler
familien und partnerschaften

Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 5: Besuchervisum

Wir fragten die Parteien, ob sie sich für die erleichterte Vergabe von Besuchervisa für Personen einsetzen, die ihre Angehörigen in Deutschland aus Drittstaaten besuchen wollen und welche Maßnahmen sie ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen.

**Christlich-
Demokratische Union/
Christlich-Soziale Union
in Bayern**



CDU/CSU legen die gesetzliche Regelung dar, die auf dem EU-Visakodex beruht. Sie führen aus, dass ein verwandtschaftliches Verhältnis zu einer in Deutschland lebenden Person selbstverständlich ein zulässiger Reisezweck ist, aber der Visakodex privilegieren diesen nicht gegenüber anderen zulässigen Reisezwecken.



**Freie Demokratische
Partei**



Die FDP setzt sich generell für die Erleichterung des Visa-Verfahrens ein und sieht die Einführung einer Willkommenskultur für notwendig. Allerdings dürfen dabei die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik nicht außer Acht gelassen werden.






**verband binationaler
familien und partnerschaften**

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p>  | <p>Die SPD meint, dass keine unnötigen Hürden für Familienbesuche errichtet werden dürfen, aber auch Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden müssen. Die angemessene Abwägung obliege dem Auswärtigen Amt.</p> |
| <p>Bündnis 90/Die Grünen</p>  | <p>Bündnis 90/Die Grünen hebt auf ihren Antrag zur „Liberalisierung der deutschen Visapolitik“ hin: u. a. vermehrte Erteilung von Dauervisa zur Mehrfacheinreise, kein schematisches Anwenden des Versagungsgrundes „fehlende Rückkehrbereitschaft“, bessere personelle, finanzielle und technische Ausstattung der deutschen Auslandsvertretungen, Abbau bürokratischer Hindernisse und Gebührensenkung. Die EU-Kommission soll die Liste visapflichtiger Drittstaaten überprüfen sowie Recht und Praxis der Überprüfung der Rückkehrbereitschaft reformieren. Für türkische Staatsangehörige fordern sie mit Verweis auf das Assoziationsabkommen mit der EU Visafreiheit für einen Kurzaufenthalt.</p> |
| <p>Die Linke DIE LINKE.</p> | <p>Für Die Linke ist der Grundsatz der Reisefreiheit ein wichtiges Anliegen. Sie kritisiert die aktuelle Visapraxis als restriktiv und machte dies regelmäßig öffentlich. Der Schutz von Familie darf nicht vom Einkommensnachweis abhängen. Daher soll auf diesen im Rahmen von Verpflichtungserklärungen verzichtet werden. Auch sie macht auf ihre umfangreichen Forderungen zur Visaliberalisierung bzw. zur Aufhebung der Visumpflicht aufmerksam: Mehrjahresvisa großzügig erteilen insbesondere wenn es um familiäre Kontakte geht, kundenfreundliches Verfahren sicherstellen, auf unnötige persönliche Vorsprachen verzichten, Aufstockung des Personals in den deutschen Auslandsvertretungen, keine überhöhten Anforderungen an die Prüfung der Rückkehrbereitschaft stellen.</p> |




**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Wir fragten weiter, ob sich die Parteien dafür einsetzen würden, dass zukünftig umgangsberechtigte ausländische Elternteile ohne Einladungsschreiben ihr Kind in Deutschland besuchen dürfen?

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Christlich-Demokratische Union/ Christlich-Soziale Union in Bayern</p>  | <p>CDU/CSU führen aus, dass dies bereits heute möglich ist, wenn die Glaubhaftmachung des Reisezwecks durch einen Nachweis des Umgangsrechts erfolgt und nicht durch ein Einladungsschreiben. Man kann ggf. auch auf eine Einladung des Kindes zurückgreifen. Die Visavergabe richtet sich nach dem EU-Visakodex.</p> |
| <p>Freie Demokratische Partei</p>  | <p>Die FDP benötigt konkrete Fälle, um zu prüfen, ob eine Verfahrensänderung notwendig ist.</p> |
| <p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p>  | <p>Diese Frage wurde bislang nicht diskutiert, führt die SPD aus, gerne wollen sie unsere Anregung aufgreifen.</p> |



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Bündnis 90/Die Grünen</p>  | <p>Bündnis 90/Die Grünen weist auf das Kindeswohl hin, das im Vordergrund stehen soll und favorisiert in diesem Zusammenhang eine vermehrte Erteilung von Dauervisa zur Mehrfacheinreise für Familienangehörige. Zudem macht sie auf ihren Antrag „Das Kindernachzugsrecht am Kindeswohl ausrichten“ aufmerksam.</p> |
| <p>Die Linke DIE LINKE.</p> | <p>Für Die Linke steht solch eine Praxis im Widerspruch zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts zur vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls und des Umgangsrechts beider Eltern bzw. des Rechts des Kindes auf beide Eltern. Ansonsten verweist sie auf ihre Forderungen zur Visaliberalisierung.</p> |